

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 2. Juli 1932

Nummer 153

Das bringt die Notverordnung der „nationalen“ Papenregierung

Massen Selbstmord von Rentnern

Vor dem Grauen des „dritten Reiches“ in den Tod gegangen . Erschütternde Szenen bei der Auszahlung der Hungerrenten
Die SPD empfiehlt den Rentnern den Stimmzettel . Nicht Selbstmord und Stimmzettel, sondern Kampf ist der Ausweg!

Die Notverordnung der vom Hakenkreuz tolerierten Papenregierung trägt ihre ersten furchtbaren Früchte. Allenfalls auf den Postämtern und sonstigen Auszahlungsstellen der Renten spielten sich gestern und vorgestern geradezu erschütternde Szenen ab. Es gab tausende Arbeitslosenspenden, Altersrentner und Kriegsinvaliden, die die Auszahlung ihrer Hungerpläne nicht eher glauben wollten, als bis sie den letzten traurigen Reih der Rente in den starrten Händen hielten. Verzweiflung beehrte die meisten und in bitterem Zorn machten sie ihrer ungeheuren Erregung Luft.

Und was zu erwarten war, ist eingetroffen. Allein in Dresden haben sich gestern vier Alters- und Invalidenrentner in der das Leben genommen. Ein Teil von ihnen, so meldet der Polizeibericht, konnten ins Leben zurückgerufen werden, in das Leben, das ihnen nicht mehr zumrücken ernähren können. In Berlin haben sich gleichfalls eine Anzahl von Rentnern im Laufe des Donnerstags und Freitags das Leben genommen und es dürfte keine Stadt in Deutschland geben, in der das Ergebnis der notverordneten Rentenvergabe nicht darin besteht, daß Tausende von verzweifelter Rentnern aus Grauen vor dem „dritten Reich“ im Strid und im Kampf den letzten Ausweg sehen.

Es ist der Massenagonie der Kriegs- und Arbeitslosen die die Notverordnung der Papenregierung hat die Opfer der Arbeitslosen und Rentner geschuldet, haben Woche um Woche die Notlage an die „Sozialversicherung“ abgeführt, Karte um Karte bis zum völligen und Annullierung der Karte und schließlich bis zu einem Hungerrenten in den Händen, mit denen sie kaum die Witze zahlen können und dann buchstäblich nichts zu tun haben, aber der trostlose Brot die Witze zahlen und morgen schon ins Lebensloos abgedrückt werden. Tausende von Kriegsopfern haben ihre Ansehen auf dem Altar des Vaterlandes geopfert, um heute durch die „nationalistische“ Regierung von Hitlers Gnaden dem Verhungern preisgegeben zu werden. Und Witwen und Waisen, deren Vater und Mann im dem Nationalkrieg des imperialistischen Weltkrieges fallen, empfangen den „Danke des Vaterlandes“ von denselben Kapitalisten und Profitgebern der Kapitalisten, die heute die höchsten Löhne und höchsten Preise zahlen.

Diese Selbstmorde verzweifelter Rentner gehen die gesamte Bevölkerung an. In ihnen spiegelt sich der sozialreaktionäre Kern der Papenregierung zur Ausrichtung der schicksalhaften Diktatur wider, der über die Rentenvergabe hinaus den Erwerblosen die Hungerunterstützung nimmt und der gesamten vertriebenen Bevölkerung neue gewaltige Steuerlasten aufbürdet, damit die Wirtschaft ins unentwegte Irrenland. Schon Anfang der letzten Woche werden mit ähnlichen Szenen auf den Arbeitslosen und Sozialfürsorgestellen beobachtet können, wenn den Arbeitslosen nach Papens Notverordnung die Einheitslöhne der Lohnvergabe genommen werden.

Das ist der „Wohlfahrtsstaat“ der von den Nazis unterhalten Papenregierung. Das ist das System, das den Arbeitslosen und Jüngern in der gleichen Zeit Millionenbrände in den Händen wirft, aber hunderte Tausende Proletarier im qualvollen Hungerleid verurteilt. Und das ist das System, das die Nazigarden legitimiert, ihnen neue Uniformen identisch und als keine Krone ablehnend und stehend gegen die Arbeiterbewegung ins Feld führt, damit sie den Überhandwille des Proletariats erlösen soll.

Und was hat die Sozialdemokratie den Arbeitern, den Opfern des Krieges und der Arbeit in dieser Situation zu bieten? Die Dresdner Volkszeitung hat kurz und laconisch die richtige Mitteilung der Landesversicherungsanstalt über die Rentenvergabe gemeldet. Hat darüber berichtet, daß Einspruch gegen die Kürzung zwecks sei, im übrigen aber kein Wort des Kommentars gefunden. Kein Wort zum Kampf gegen die unerbittliche Sozialreaktion, kein Wort zur Mobilisierung der Arbeiterbewegung gegen die Notverordnungspolitik der reaktionären Papenregierung. Anders der Vorwärts, das Zentralorgan der „Einigen Front“. Diese Zeitung hat vorgestern den traurigen Fall gehabt, die Rentner grauam zu verhöhnen indem sie schrieb:

„Es zur Wahl am 31. Juli haben die Rentenempfänger einen vollen Monat ihrer neuen Erfahrungen hinter sich und Selbsterkenntnis, ihrer Meinung deutlicher Ausdruck zu geben. Das ist auch das einzige, was sie tun können.“

Welche trüffelnde Demagogie liegt doch neben der offenen Verhöhnung in dieser Stellungnahme. Dieselben SPD-Führer, die den Rufen für die jetzt herrschende Reaktion vorbereitet haben und nicht zuletzt die Papenregierung mit ihrem

Jetzt muß Schluß gemacht werden mit dem schicksalhaften Hungerrenten, Schluß gemacht werden aber auch mit den kapitalistischen Anzeichen von der Generalität der „Eisernen Front“, die das ganze Volk in die Hände der Wertlosen auszuheben wollen, um erneut auf ihre Köhne ein betrügerisches Wahlgeld zu machen. Tutet nicht länger, das die Vertreter eure Not strapazieren auszuheben, um unter der verlogenen und verkommenen Fiktion „Freiheit“ Mandate zu erlangen. Begreift, Klassenkollaps der „Einigen Front“, denn von den Kapitalisten und ihren schicksalhaften Stützhaltern der Willen genau so vom Munde genommen wird wie zurecht kommunistischen Brüdern, daß jetzt eine Not tut: die Zusammenballung aller proletarischen Kräfte in der roten Einheitsfront, um in nationaler Aktion Hunger und Elend durch den kommunistischen Klassenkampf gegen den schicksalhaften Kapitalismus zu überwinden.

Der Selbstmord ist kein Ausweg aus der kapitalistischen Krise, der Ausweg führt über den Kampf gegen schicksalhafte Terrorverbrechen, gegen die Notverordnungspolitik, der das schicksalhafte Hungerrenten und eine Naziparade hinweglegen wird, und an dessen Ende der Sieg der Sozialdemokratie steht!

Präsidenten Hindenburg ermöglichten, wollen den Opfern des Rentenraubes den sozialdemokratischen Stimmzettel am 31. Juli als „Ausweg“ anbieten. Die Wahl der Rentner muß in heller Empörung das Rezept der SPD-Führer ablehnen. Das darf nicht in stiller Uebertung werden und verhungern, darf auch nicht zuhören, wie verzweifelte Klassenkollaps zum Selbstmord greifen, weil sie einen anderen Ausweg aus dem Jammer nicht sehen. Der Stimmzettel bringt keine Rettung!

Ausverkauf Deutschlands in Lausanne

Milliardenzahlungen und Verpfändung staatlicher Betriebe gefordert. Papenregierung möchte den neuen Schandpakt erst nach den Reichstagswahlen unterzeichnen

Lausanne, 1. Juli (Eig. Bericht). Die Verhandlungen in Lausanne bewegen sich auf einer Linie, die unerbittlich neue Milliardenzahlungen und wertvollen staatlichen Betriebe und eine Verpfändung staatlicher und kommunaler Betriebe an die Interalliierten macht vorzieht.

Deutschland soll erstens in eine unter französischer Kontrolle zu stehende europäische Gemeinschaft („fonds commun“) einen Betrag einzahlen, man spricht von zwei Milliarden. Diese Rasse ist ihrer ganzen Anlage nach als Sackgasse der Rassen des Krieges gegen die Sowjetunion anzusehen!

Zweitens soll Deutschland sich zur Zahlung einer Rente von 100 Millionen verpflichten. Hierfür sind außerdem 4 bis 5 Milliarden vorzugeben.

Deutschland soll drittens eine „Schuldenliste“ unterschreiben, in der weitere Zahlungen für den Fall vorgesehen sind, daß Amerika von seinen Schulden einen größeren Betrag an Kriegsschulden zurückfordert, als in der deutschen Rechnung vorgesehen ist.

Deutschland soll keinen Gewährern für diese Milliardensummen sein für die Reichsbahn und eine Reihe weiterer industrieller und kommunaler Betriebe anzubringen, die der Interalliierten Deutschland an das internationale Finanzkapital soll zurückgegeben werden.

Die Forderungen der Papenregierung ist doch wenigstens Verdrängung auf die Rückführung und Gleichberechtigung Deutschlands auf militärischem Gebiet zu machen, damit die deutschen Nachbarn ihren Anhängern die weitere Tributpflichten zu zahlen können, sollen sowohl von Frankreich wie auch vom englischen Schatzkanzler Chamberlain kritisch abgelehnt worden sein. Die deutsche Delegation vertritt jetzt, die einzige Ausnahme des neuen schicksalhaften Tributpaktes bis nach den Reichstagswahlen hinaus zu verschieben, um den Wählern die „demokratische“ Lösung der „nationalen Kompensation“ einbildlich zu stellen. Die nach den bisherigen Nachrichten schicksalhaft nationaler Versuch ist, nicht ohne Erfolg zu enden.

In Lausanne wird mit den Überwinderern der deutschen Wertungen, die gebietlich die Rückführung jeder Tributpflicht verlangen, Schluß über getroffen. Es wird zu der Zeit, das die deutsche Arbeiterklasse die Kampfmaßnahmen auf eben demselben Wege anstellt, wie es die russische Arbeiter und

Sowjeten 1917 getan haben, und das kommunistische Programm der sozialen und nationalen Befreiung es vorzieht.

Anschlag auf den Führer der KPD

Hamburger SPD nimmt für Immunitätsaufhebung des Genossen Ernst Thälmann

In der Dienstag-Sitzung des Reichstagsausschusses der Hamburger Bürgerwehr lagen verschiedene Anträge auf Aufhebung der Immunität kommunistischer Abgeordneter vor. Unter anderem ist nun Oberreichsanwalt die Aufhebung der Immunität des Genossen Thälmann wegen Vorbereitung zum Hochverrat beantragt. In der Sitzung stimmten SPD, Einheitspartei und Nationaldemokraten für die Aufhebung der Immunität des Genossen Thälmann, die dadurch befristet wurde. Die Aufhebung der Immunität des Genossen Thälmann, der eine dreimonatige Gefängnisstrafe antreten soll, wurde abgelehnt.

Polizeiüberfall auf Antifaschisten

Seitern Abend fand in Dresden-Neustadt, im Rammert Hof, eine Versammlung der Antifaschisten statt. Unfallsig war, daß diese über von Polizei an von der Polizei bewacht wurde. Die Versammlung hatte noch gar nicht begonnen, da riefen ein Überfallkommando und verhaftete sämtliche Teilnehmer, die erst nachts wieder freigelassen wurden.

Bezüglich der neuen Sozial. ist, daß beobachtet wurde, wie die SPD bereits vor dem Überfall auf die Versammlung mit der Polizei in Verbindung steht und ihre Hilfe angeboten haben.

In einer am selben Abend in Döblich stattgefundenen Versammlung, die von 100 Arbeitern und Arbeiterinnen besucht war, wurde eine scharfe Beschlusstheorie einstimmig angenommen. Hierüber konnten 5 Warte für den Antifaschistischen Kampfkomitee gewonnen werden.

Am 19. Juli spricht auf der Radrennbahn in Dresden Ernst Thälmann, der Führer der KPD